

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 2

Artikel: Sicherung des Friedens durch Abrüstung? : Nach einer Vorlesung von Dr. Hansjörg Braunschweig, Dübendorf, an der Volkshochschule Zürich, Wintersemester 1973/74 : "Bemühungen um den Frieden". I., Friede und Abrüstung ; II., Zur Sicherung des Friedens?

Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142333>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherung des Friedens durch Abrüstung?

Nach einer Vorlesung von **Dr. Hansjörg Braunschweig***, Dübendorf, an der Volkshochschule Zürich, Wintersemester 1973/74: «Bemühungen um den Frieden».

Die Welt kann nur durch die gefördert werden,
die sich ihr entgegensetzen (J. W. Goethe)

I. Friede und Abrüstung

Die Formulierung «Sicherung des Friedens durch Abrüstung?» könnte den Eindruck erwecken, als ob Friede ein Zustand, ein paradiesischer Zustand sei, der ein für allemal erreicht werden kann. Demnach würde Friede durch eine Subtraktion entstehen, indem man vom heutigen Zustand einer aufgerüsteten Welt Armeen, Waffen, Munition, Befestigungsanlagen, Zivilschutz-Unterstände, Waffen- und Munitionsfabriken und schließlich alle Erfindungen, die dem Krieg dienen, in Abzug bringen würde. Dieser Eindruck wäre völlig verfehlt. Um Klarheit über das Verhältnis zwischen Frieden und Abrüstung zu erhalten, sind einige Abgrenzungen nötig.

Zum Ersten ist Friede nicht, oder mindestens nicht nur, eine persönliche Frage, ein Gefühl oder eine Empfindung des inneren Friedens, und die Friedensfrage ist kein psychologisches oder innerreligiöses Problem.

Auch eine Reduktion der Friedensfrage auf die Beziehungen zwischen Mensch und Gott wird unserer Vorstellung nicht gerecht; selbst von der christlichen Botschaft her müßte man dieser Ausprägung einer pietistischen Theologie entgegentreten.

Friede beschränkt sich nicht auf mitmenschliche Beziehungen ohne Berücksichtigung von Gruppen und andern, ausgesprocheneren Machtgebilden.

Andererseits ist auch eine völkerrechtliche Beschränkung — Friede ist Nicht-Krieg zwischen den Staaten — eine ungenügende und deshalb falsche Umschreibung des Friedens.

Mit diesen Abgrenzungen soll keine Geringschätzung des inneren Friedens, was immer das genau heißen soll, oder der Beziehung zwischen Gott und Mensch, oder der friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten, erfolgen. Aber diese Betrachtungsweisen sind nur Teilaspekte, vielleicht nützliche und wertvolle Voraussetzungen jenes Friedens, dem ich mich verpflichtet weiß.

Friede muß gleichzeitig alle Beziehungen innerhalb der Gesellschaft umfassen, das heißt die Beziehungen zwischen den Menschen, zwi-

* Präsident des Schweizerischen Friedensrates

schen ihnen und Gruppenorganisationen, Institutionen, zwischen diesen und Staaten, zwischen Staaten untereinander und schließlich zwischen Staaten und Einzelmenschen. Die Friedensfrage ist eine soziale Frage, die soziale Frage.

Friede ist nicht nur Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Abwesenheit von Krieg kann man als Waffenstillstand bezeichnen, «negativer Friede» genannt.

Friede ist nicht die angstvolle Alternative zur Massenvernichtung durch die Waffen, die uns heute zur Verfügung stehen.

Friede ist nicht nur die unsichere Voraussetzung, um zu überleben. Friede ist nicht umfassend genug durch «Ordnung in der Ruhe», eine Formulierung von Augustin, umschrieben, und entspricht schon gar nicht dem bequemen zeitgemäßen Ruf aufgeschreckter Bürger nach «Ruhe und Ordnung».

Friede darf nicht eine unbestimmte Jenseitserwartung oder eine weltfremde Utopie sein, die uns inmitten von Angst, Ungerechtigkeit und Unfreiheit nicht weiterhilft.

Eine Abgrenzung gilt ganz speziell dem Westen: Friede ist nicht Abschreckung und nicht Gleichgewicht des Schreckens. Unser Gefühl trägt uns in diesem Fall nicht, wenn wir zwischen Abschreckung oder Gleichgewicht des Schreckens einen Widerspruch zur Idee des Friedens empfinden. In gleicher Weise müssen wir uns von Auffassungen abgrenzen, die vorwiegend von kommunistischer Seite vertreten werden. Friede ist nicht nur friedliche Koexistenz zwischen verschiedenartigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen. Anlässlich des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau vom 25. bis 31. Oktober 1973 haben wir uns gerade mit diesem Begriff der friedlichen Koexistenz auseinandergesetzt und wurden belehrt, daß friedliche Koexistenz unter allen Umständen Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen, Aufrechterhaltung des Handels und gegenseitige Nichteinmischung voraussetzt, um dadurch Krieg mit den Massenvernichtungsmitteln zu verhindern. Der Anhänger der friedlichen Koexistenz muß dabei auch zu Zugeständnissen bereit sein. Deswegen hätte beispielsweise die Sowjetunion nicht mehr getan, um den faschistischen Putsch in Chile oder den jüngsten Krieg im Nahen Osten zu verhindern, und deshalb sei sie gezwungen, die Beziehungen mit dem Franco-Regime aufrechtzuerhalten, und die Waffenlieferungen nach Persien fortzusetzen. Gegen eine solche nationale, wenn nicht nationalistische Ausprägung der friedlichen Koexistenz, dominiert durch die Interessen einer einzigen Macht, mußten wir unsere Opposition anmelden.

Diese Abgrenzungen zu verschiedenen Friedensbegriffen heißen nicht Ablehnung der friedlichen Koexistenz, des Gleichgewichts des Schreckens in jedem Fall und in jeder geschichtlichen Phase. Vielleicht ist die

Abschreckung oder die friedliche Koexistenz oder die nationale Sicherheit vorübergehend — ich betone vorübergehend — notwendig.

Was heißt aber eigentlich Friede?

Friede ist ein Prozeß, eine Entwicklung, eine Stufenfolge, kein Zustand, kein einmal für alle Zeiten fixiertes Ziel, kein fest umrissener Gegenstand, steht nicht in einer päpstlichen Enzyklika aus der jüngsten Zeit: Friede ist der Name für Entwicklung.

Mahatma Gandhi sagte: «Es gibt keinen Weg zum Frieden, Friede ist der Weg.» Eine Formulierung, die nicht zu Unrecht an das Jesuswort erinnert: «Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben».

Weniger schön, aber moderner, ausgedrückt von einem deutschen Friedensforscher, Georg Picht: «Wenn wir Frieden herstellen, definiert er sich selbst», . . . «und man ist sich bewußt, daß jede solche Definition mit dem Fortschritt der Wissenschaft revidiert werden muß».

Der viel bekanntere, originelle Friedensforscher Johann Galtung schrieb: «Wir werden wahrscheinlich zu einem Stadium gelangen, in dem sich neue und bessere Dimensionen des Friedens von selbst ergeben, sozusagen sich aus den Forschungsergebnissen von selbst entwickeln werden.»

Mit dieser Charakterisierung des Friedens ist noch nichts gesagt über den «positiven Frieden» im Gegensatz zum bereits erwähnten «negativen Frieden». Hingegen spürt man, daß der Friede zu einer Reihe großer und schöner Worte gehört, die da lauten: Gerechtigkeit für alle, Freiheit für jeden, Entfaltung aller Menschen, Humanität, oder etwas weniger abstrakt Brüderlichkeit, Liebe.

Friede ist das Streben nach Gerechtigkeit, Freiheit, Liebe in allen Beziehungen der Gesellschaft.

Diesen Begriffen sind drei Gefahren gemeinsam: Wenn wir sagen, wir haben die Brüderlichkeit, haben wir sie wahrscheinlich schon verloren. Wenn Menschen in kommunistisch regierten Ländern sagen: «Wir haben die Gerechtigkeit», müssen sie sehen, ob sie sie nicht schon verloren haben. Wenn wir im Westen selbstsicher und stolz von unserer Freiheit sprechen, ist sie uns wahrscheinlich schon entwischt. Wenn wir Schweizer so überzeugt sind, daß wir den Frieden hätten, und daß auch in der ganzen Welt Friede wäre, wenn alle so wären, wie wir, haben wir bereits die Grenze zum Unfrieden überschritten.

Die zweite Gefahr ist nicht geringer. Wir überhöhen diese Werte und geben auf, sie anzustreben, wir resignieren. Resignation scheint mir die weitest verbreitete Krankheit in unserem Lande zu sein. «Schöne Worte», sagt man etwa voll Spott. Man lächelt über jene, die sich einer humanen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Mitleidig bezeichnet man sie als arme weltfremde Idealisten. Mit hämischen Lachen konstatiert man

ohne Prüfung und ohne Zuversicht, daß es auch den Kommunisten nicht gelingen will, das Ziel der Gerechtigkeit zu erreichen. Das schlimmste, solche Resignation wird noch theologisch untermauert, indem man pathetisch zitiert: «Wir sind allzumal Sünder»! Der Altmeister der Abrüstung unserer Zeit, Philip J. Noel-Baker, meint wohl diese Resignation, wenn er 1959 in seiner Osloer-Ansprache bei der Entgegennahme des Friedens-Nobelpreises vom Defaitismus sagt: «Defaitismus im Hinblick auf die Zukunft ist ein Verbrechen». «Politik ist die Kunst des Möglichen.» Wie oft liefert dieses ausgediente Cliché eine Entschuldigung für defaitistische Kapitulation, ehe man den wirklichen Schwierigkeiten eines Problems ins Auge gesehen hat!»*

Die dritte Gefahr besteht darin, diese Begriffe Gerechtigkeit, Freiheit, Friede, Brüderlichkeit, Liebe als schöne Worte stehen zu lassen und sie zu Leerformeln herabzuwürdigen. Demgegenüber müssen wir uns sagen lassen, daß wir auch in unserem Lande von diesen Zielen weit entfernt sind.

Die sogenannten kritischen Friedensforscher stellen fest, daß auch unser Staat auf Gewalt aufgebaut sei und nennen sie «strukturelle Gewalt» oder «institutionalisierte Gewalt».

Sie besteht darin, daß viele Menschen nicht die Möglichkeit haben, sich gemäß ihren Fähigkeiten und Anlagen zu entfalten. Strukturelle Gewalt herrscht, solange ausländische Arbeitnehmer uns Schweizern, menschlich und sozial nicht gleichgestellt sind. Strukturelle Gewalt herrscht, solange Minderheiten, wie Strafgefangene, Homosexuelle, alleinstehende Mütter, Jugendliche, Studenten, Geisteskranke, Militärdienstverweigerer und viele andere an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Strukturelle Gewalt herrscht, solange die einen Boden, Liegenschaften und Unternehmen zu Eigentum haben und daraus Gewinn schlagen, und die anderen als Arbeitnehmer, Mieter und Konsumenten kein Recht auf Mitbestimmung besitzen.

Strukturelle Gewalt herrscht im Bildungswesen, wenn den einen dank ihrer Herkunft alle Bildungswege offen stehen und den anderen diese verschlossen sind.

Ungleich gravierender äußert sich das Problem der strukturellen Gewalt im Verhältnis der Schweiz zur Dritten Welt. Mit höchster Vorsicht und größtem Bedenken erhöhen wir jährlich ganz bescheiden gegen zunehmende Widerstände unsere Beiträge der öffentlichen Hand an die Entwicklungsländer, nachdem aus dem Handel mit ihnen in den gleichen Zeiträumen jeweils Gewinne gezogen worden sind, die die

* Schriftenreihe des Schweizerischen Friedensrates, Nr. 2 «Weltabrüstung heute möglich», S. 26/27.

Beiträge der öffentlichen Hand bei weitem übersteigen. Einem Dokument der zweiten Generalversammlung der südamerikanischen Bischöfe im September 1968 entnehme ich folgende Umschreibung: «Wenn so schwere Mängel in den industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen, in den Volkswirtschaften und im internationalen Wirtschaftsgefüge, in der Politik und in der Gesellschaft bewirken, daß ganzen Bevölkerungsschichten das Lebensnotwendigste fehlt, und wenn ihre vollständige Abhängigkeit, Initiative und Verantwortung, alle Chancen zum Aufstieg und zur Teilnahme am sozialen und politischen Leben unterbinden, dann haben wir den Zustand der Ungerechtigkeit erreicht, den man institutionalisierte Gewalt nennen kann.»

Die Verknüpfung Friede mit sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Brüderlichkeit ist keine neue Erkenntnis der Friedensforscher. Schon in den Grundsätzen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, zirka 1932, lesen wir: «Wir wissen ferner, daß der soziale Friede nicht bestehen kann, ohne daß die soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Wir sind der Ansicht, daß es für das Wort Friede eine Entweihung bedeutet, es nur auf einen Zustand der Abwesenheit des Krieges anzuwenden, wenn dieser Zustand der Abwesenheit des Krieges nur zu verdanken ist dem erzwungenen Schweigen der Schwächsten, der Unterdrückung ihrer berechtigten Ansprüche, ihrer Unterwerfung unter eine Macht, die ohne unbedingt bewaffnet sein zu müssen, nichtsdestoweniger eine der schlimmsten Formen der Gewalt darstellt».

Als Zusammenfassung zum Begriffe Frieden zitiere ich einige Sätze aus dem Memorandum des Schweizerischen Friedensrates zur noch immer ausstehenden Schaffung eines Friedensforschungsinstitutes in der Schweiz:

- «Friede ist mehr als Nicht-Krieg.»
- «Friede ist erst zu schaffen.»
- «Friede bedeutet Entwicklung zu einer freiheitlichen, brüderlichen Welt.»
- «Friede ist Veränderung der Welt zu sozialer Gerechtigkeit und Entfaltung des Menschen in der Gesellschaft.»
- «Friede ist aber kein staatlicher, paradiesischer Endzustand.»
- «Friede ist ein dynamisches Geschehen, ein immer währendes Werden.»
- «Friede ist immer wieder neu zu denken und zu verwirklichen.»
- «Friede ist die Folge bestimmter Abläufe, von Menschen geplant und gestaltet. »
- «Friede wird das Ergebnis politischer, erzieherischer, informativischer, wirtschaftlicher und technischer Anstrengung sein.»
- «Friedensarbeit braucht den Einsatz von Menschen, Ideen, Geldmitteln, Organisation.»

II. Zur Sicherung des Friedens?

Die Formulierung des Titels erweckt den Eindruck, als ob der Friede gesichert werden könnte, so wie eine militärische Stellung gesichert werden muß. Diesen Vergleich ziehe ich nicht von ungefähr heran. Ich glaube, daß die «Sicherung des Friedens» letztlich ein Begriff ist, der dem militärischen Denken entstammt. In Wirklichkeit kann allenfalls ein Waffenstillstand vorübergehend gesichert werden.

Friede, wie ich ihn charakterisiert habe, kann nicht gesichert werden. Er ist ja kein Zustand, sondern ein Prozeß, eine Entwicklung. Eine Entwicklung kann aufgehalten, gebremst, gefördert oder beschleunigt werden. Es kann also nicht um eine Sicherung des Friedens, sondern es muß um Förderung oder Beschleunigung des Friedens durch Abrüstung gehen.

Voraussetzung ist Bereitschaft, zu dieser Entwicklung zum Frieden ja zu sagen. Es gehört zum Wesen einer Entwicklung, daß ihre Richtung, ihre Geschwindigkeit, ihre nächste Etappe, und erst recht ihr Ziel nicht bekannt sind. Ja sagen heißt also, ein Wagnis, ein Risiko eingehen.

Ich kann diesen Weg des Wagnisses empfehlen, den Entscheid muß jeder selber treffen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß der Weg des Friedens Konsequenzen haben kann. Strukturen, Machtverhältnisse müssen geändert, lieb gewordene Gewohnheiten vielleicht aufgegeben werden. Wer bisher den bequemen Weg der Mehrheit, der Regierungstreue ging, gehört unerwartet zur Minderheit, zur Opposition,

Durch die folgende Überlegung kann dieser Weg des Wagnisses doch noch erleichtert werden. Der offizielle Weg der Aufrüstung, der angeblichen Sicherheit, ist so sicher auch nicht mehr, wie es seine Vertreter wahrhaben und glaubhaft machen wollen. In seinem «Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 27. Juli 1973 gibt der Bundesrat auf Seite 15 ohne weiteres zu, daß «schwerste Bedrohungen selbst mit dem größten materiellen Aufwand nicht völlig abzuwehren sind». «Abschreckung in der Art glaubwürdiger Androhung von Vergeltungsmaßnahmen, die die Fähigkeit und den Willen voraussetzt, nach Erdulden eines ersten Schlages lebenswichtige Ziele im Heimatgebiet des Gegners zu vernichten, ist uns verwehrt.» Außerdem besteht zwischen Sicherheit und der Größe der Rüstungsapparate je länger desto weniger ein positiver Zusammenhang. **Ein Mehr an Rüstung bringt heute kein Mehr an Sicherheit.** Noch deutlicher wird dies am Beispiel des Schutzes der Zivilbevölkerung sichtbar. Der Bundesrat macht es sich viel zu einfach, wenn er auf Seite 7 dieses Berichtes lakonisch feststellt: «Nach wie vor gilt es auch, die Bevölkerung vor den Auswirkungen einer Besetzung des Landes durch fremde Streitkräfte zu schützen», oder: «Dem Schutz der Bevölkerung vor direkten und indirekten

Waffenwirkungen kommt angesichts der immer wirksameren konventionellen Kampfmittel und vor allem infolge der Massenvernichtungsmittel wesentliche Bedeutung zu».

Ich möchte die Sicherheitspolitik des Bundesrates (zu der der Ständerat bereits ein kritikloses Ja sagte — und der der Nationalrat in der Frühjahrssession 1974 folgen dürfte) als Unsicherheitspolitik bezeichnen. Dafür trägt nicht der Bundesrat die Verantwortung, sondern unser heutiger, weltgeschichtlicher Standort mit der waffentechnischen Entwicklung und den zahlreichen internationalen Konflikten.

Hingegen wäre es ehrlicher gewesen, wenn der Bundesrat etwas von der eigenen Verunsicherung hätte spüren lassen, um gemeinsam einen Ausweg zu finden. Stattdessen hat er nicht von ungefähr in seinem 42seitigen Bericht das Wort «Sicherheit» achtundsechzig mal gebraucht. Das läßt entweder auf einen stilistischen Mangel oder auf die eigene Unsicherheit schließen. Ich glaube an diese letztere Begründung.

Der Entscheid wird auf Grund der bundesrätlichen, sogenannten Sicherheitspolitik, nicht einfacher sondern schwieriger sein. Er ist nicht zwischen dem Wagnis eines Friedens durch Abrüstung und der Sicherheitspolitik, die sich auf Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft beschränkt, zu treffen, sondern zwischen einer Wagnis- und einer Unsicherheitspolitik.

Die Frage stellt sich für uns nicht anders als für den ermordeten amerikanischen Präsidenten John Fitzgerald Kennedy: «Die Risiken, die Abrüstung birgt, verblassen im Vergleich mit den Risiken, die einem unbeschränkten Wettrüsten innewohnen». Dr. Andreas Gerwig, Basel, erklärte am 25. April 1972 im Nationalrat: «Wagnis ist die Formulierung einer neuen Schweiz, mit der sich alle identifizieren können» . . .

Dr. Hansjörg Braunschweig

(Fortsetzung folgt)

Vietnam im Spiegel seiner Vergangenheit

(Fortsetzung und Schluß)

1923 begab er sich nach Rußland, um seine revolutionäre Tätigkeit von sowjetischem Boden aus fortzusetzen. Dort galt er als Experte für koloniale Fragen. Er hielt sich konsequent abseits von parteipolitischen Auseinandersetzungen. Er beabsichtigte nicht, Marxismus auf asiatische Verhältnisse zu übertragen. Sein Befreiungskampf war auf vietnamische Verhältnisse ausgerichtet, wo 90 Prozent der Bevölkerung Bauern sind. Das kommunistische Staatswesen, das er später in Vietnam schuf, ist ein Eigengewächs und ist weder ein Abklatsch von Moskau noch von Peking. Während eines Jahrzehnts hielt er sich nun abwechselnd in Ruß-